Rechenschaftsbericht
VI. Wahlperiode

Oktober 2006 – Oktober 2011

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Vorwort

Liebe Pankowerinnen und Pankower,

die VI. Wahlperiode neigt sich dem Ende zu und dies ist für uns Anlass, eine Bilanz dessen zu ziehen, was wir mit unserer Arbeit in den letzten fünf Jahren für den Bezirk Pankow erreichen konnten.

Es waren ereignis- und arbeitsreiche Jahre. Mit dem guten Wahlergebnis der Kommunalwahl 2006 wuchs die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf 10 Mitglieder und konnte nach vielen Jahren auch wieder einen Bezirksstadtrat stellen. Mit Jens-Holger Kirchner wurde das Ressort Verkehr, öffentliche Ordnung und Verbraucherschutz prägnant und wirksam besetzt. Als nur ein Beispiel sei die Einführung des Smiley-Systems für Lebensmittelsicherheit erwähnt. Als Fraktion, die zum Großteil aus BVV-Neulingen bestand, haben wir uns schnell in die Fachthemen und Gremienarbeit eingefunden und dann umso engagierter los gelegt.

Anbei lesen Sie jetzt also mehr zu den Schwerpunkten unserer Arbeit, wie etwa der ökologischen Stadtentwicklung mit umweltverträglichem, sicherem Verkehr. Wir haben das Gesicht des Bezirks verändert. Ihnen werden etwa die vielen sanierten Straßen, neuen Radwege und Radabstellmöglichkeiten, der Fortschritt bei der Barrierefreiheit, die Car Sharing-Stationen und die Parkraumbewirtschaftung aufgefallen sein. Die Verkehrssicherheit vor Schulen haben wir deutlich verbessert.

Wir haben mit dafür gesorgt, dass Pankow seine haushaltspolitischen Herausforderungen der vergangenen Jahre durch konstruktives Handeln und verantwortungsbewusste Entscheidungen gemeistert hat. Der Umgang mit Gebäuden im Bezirksamt stellte sich auf unser Drängen hin um von Verschwendung auf Kostenbewusstsein. Mit vielen energiepolitischen Initiativen kämpften wir für mehr Energieeffizienz, Energieeinsparung und die Verwendung erneuerbarer Energien in öffentlichen Einrichtungen. Die Jugend- und Kulturlandschaft konnten wir trotz aller Auseinandersetzungen nachhaltig entwickeln.

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen in Pankow wurde gelebte Selbstverständlichkeit. In den unzähligen Fraktionssitzungen, Ausschuss-Sitzungen, Plenartagungen der BVV, Arbeitsberatungen, Ortsterminen, Bürgergesprächen und Versammlungen mit Betroffenen haben die Mitglieder der Fraktion und die bündnisgrünen Bürgerdeputierten in den Ausschüssen gezeigt, wie erfolgreich – wenn auch kontrovers – gelebte demokratische Mitbestimmung in einem Gemeinwesen sein kann. So konnte etwa mithilfe unseres Runden Tisches die Krise wegen fehlender Grundschulplätze im Bezirk gemeistert werden. Ohne die Unterstützung unserer Fraktion durch Bürgerinitiativen und Umweltverbände wäre der Bezirk heute um viele hundert Bäume ärmer.

Besonders angenehm bleibt uns in Erinnerung, dass vielfach Entscheidungen nach Sachkriterien und nicht nach Parteiherkunft getroffen werden konnten. Die Auseinandersetzung mit den Mitgliedern der anderen Fraktionen in der BVV war fast immer engagiert, meist sachlich, selten unfair. Dafür möchten wir uns bei allen Bezirksverordneten, Bürgerdeputierten, den Mitgliedern des Bezirksamtes und den MitarbeiterInnen der Verwaltung bedanken.

Bedanken möchten wir uns aber auch bei unserer eigenen Fraktion: für das gute Klima, die engagierte Arbeit und das gegenseitige Aushelfen, wo immer zeitlich und thematisch Not am Mann und an der Frau war. So haben wir nie vergessen, dass unser Ehrenamt nicht nur Sinn, sondern auch ein bisschen Freude machen muss.

Die vergangenen fünf Jahre waren für Pankow erfolgreich, auch wenn noch nicht alles, was wir uns vorgenommen haben, gelungen ist. Dafür gibt es aber die nächsten fünf Jahre.

Stefanie Remlinger *Peter Brenn*
Fraktionsvorsitzende

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen....4

1 Die Fraktion....5

2 Aus der Tätigkeit der Fraktion....6
2.1 Bürgerbeteiligung, Eingaben, Wohnen, Bürgerdienste und Geschäftsordnung 6
2.2 Exkurs: Bürgerbeteiligung ist eine Grundhaltung und ein Prozess....7
2.3 Kinder- und Jugendhilfe....8
2.4 Schule und Sport....9
2.5 Kultur und Bildung....10
2.6 Gesundheit, Arbeit, Soziales sowie Gleichstellung und Integration....11
2.7 Exkurs: Senioren-BVV-Tagungen....13
2.8 Verkehr, Öffentliche Ordnung und Verbraucherschutz....13
2.9 Umwelt und Natur....16
2.10 Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung....17
2.11 Finanzen, Immobilienmanagement, Personal....19

3 Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion....21
3.1 Internetseite http://www.gruene-fraktion-pankow.de....21
3.2 Newsletter....21
3.3 Veranstaltungen....22

Links....22

Impressum....23

Abkürzungen

BD	Bürgerdeputierte/r
B-Plan	Bebauungsplan
BV	Bezirksverordnete/r
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
Drs.	Drucksache
KA	Kleine Anfrage
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

1 Die Fraktion

Die 10 Bezirksverordneten

Cornelius Bechtler

cornelius.bechtler@gruene-pankow.de

Peter Brenn
(Fraktionsvorsitz)

peter.brenn@gruene-pankow.de

Stefanie Christoph
(seit 31.10.2006 für Nilson Kirchner)

stefanie.christoph@gruene-pankow.de

Mathias Kraatz
(seit 07.12.2006 für Rolf Lange)

mathias.kraatz@gruene-pankow.de

Maria Pfennig

maria.pfennig@gruene-pankow.de

Stefanie Remlinger
(Fraktionsvorsitz)

stefanie.remlinger@gruene-pankow.de

Dr. Stefan Schneider

stefan.schneider@gruene-pankow.de

Ute Schnur

ute.schnur@gruene-pankow.de

Cornelia Schwerin

cornelia.schwerin@gruene-pankow.de

Almuth Tharan

almuth.tharan@gruene-pankow.de

Die Bürgerdeputierten auf Vorschlag der Fraktion*

Miran Bauer, Tilman Bemm, Andreas Brückner, Rainer Cimbollek, Editha Kindzorra, Arndt Meier, Peter Neumann, Heinrich B. Pieper, Dennis Probst, Gordon Schade, Stephan Schnur, Stefan Senkel, Sabine Wagner, Dieter Wucherpfennig

** Die BVV wählt auf Vorschlag der Fraktionen gemäß § 9 (1) BezVG sachkundige Bürgerinnen als Bürgerdeputierte und deren Stellvertreterin. Die Wahl der Bürgerdeputierten und ihrer Stellvertreterinnen für den Jugendhilfeausschuss erfolgt gemäß § 35 Abs.6 AG KJHG. [...] Bürgerdeputierte haben in den jeweiligen Ausschüssen die gleichen Rechte und Pflichten wie Bezirksverordnete einer Fraktion. (aus der Geschäftsordnung der BVV Pankow VI. Wahlperiode)*

Die Fraktionsgeschäftsführung

Sabine Wagner
buero@gruene-fraktion-pankow.de

2 Aus der Tätigkeit der Fraktion

2.1 Bürgerbeteiligung, Eingaben, Wohnen, Bürgerdienste und Geschäftsordnung

Ausschussmitglieder der Fraktion: Ute Schnur (BV, Fachsprecherin), Stephan Schnur (BD), Tilman Bemm (stellv. BD)

Bürgerbeteiligung
In vielen Schreiben und Bescheiden des Bezirksamtes ist die verwendete Amtssprache für die BürgerInnen sehr unverständlich. Sie ist zwar juristisch korrekt, bleibt aber damit für viele Menschen ein Buch mit sieben Siegeln. Daher starteten wir vor einiger Zeit eine Initiative, dies grundlegend zu verbessern. Im Ausschuss für Bürgerbeteiligung wurde also ein Aktionsplan erarbeitet, wie die Verwaltungssprache vereinfacht werden soll. Dieser Plan wurde durch die BVV beschlossen und wird nun vom Bezirksamt Schritt für Schritt umgesetzt.

Ein wichtiger Teil der Ausschussarbeit besteht in der Befassung mit Eingaben von BürgerInnen. Diese Eingaben können seit einiger Zeit auch über ein Formular im Internet eingereicht werden. In den Anliegen kommen die Nöte und Sorgen der Menschen unseres Bezirkes sowie die gefühlten und tatsächlichen Unzulänglichkeiten des Verwaltungshandelns zur Sprache. Durch die Bearbeitung dieser Eingaben konnten einige Sorgen, Probleme oder Missverständnisse von BürgerInnen geklärt oder gar beseitigt werden.

Im Bereich Geschäftsordnung der BVV war eines der letzten größeren Probleme, die wir angingen, die Möglichkeit der Akteneinsichtnahme durch Mitglieder der BVV Pankow. Die anderen Fraktionen wollten diese nur im Kontext eines Ausschussbeschlusses gewährleisten, doch dies war uns Bündnisgrünen zu wenig. Wir möchten auch den einzelnen Bezirksverordneten – als Teil der Verwaltung – die Möglichkeit einer Akteneinsichtnahme einräumen. Erst nach längeren Diskussionen erreichten wir dieses Ziel mit einer entsprechenden Aktennotiz.

Behindertenpolitik
Aufgrund einiger Anträge ist es gelungen, das Bezirksamt und die BVV weiter für die Belange behinderter Menschen zu sensibilisieren. Neben der barrierefreien Umgestaltung des BVV-Podiums werden auf dem Bezirksamtsgelände Prenzlauer Berg – wo zurzeit Großsteinpflaster verlegt wird – nach anfänglichem Versäumnis nun Straßenübergänge für Rollstuhl-, Rollator- und Kinderwagennutzer eingerichtet. Hierfür wurden der Bezirksbehindertenbeauftragte sowie der Behindertenbeirat beratend hinzugezogen.

Das barrierefreie Arbeiten der BVV konnte durch eine Geschäftsordnungsergänzung auf unsere Initiative hin festgeschrieben werden.

Wir haben uns erfolgreich mit dafür eingesetzt, dass die Stellen von Schulhelfern und Therapeuten zur Erhaltung von Therapieangeboten an Sonderschulen für geistig und körperlich behinderte Schüler und Schülerinnen trotz schwieriger Haushaltssituation erhalten bleiben konnten.

Einige Aufgaben für die neue Fraktion
Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an der Gestaltung von Grünanlagen, des Wohnumfelds und des öffentlichen Straßenlandes sowie bei der Entwicklung des ÖPNV müssen gestärkt werden. Auch die Barrierefreiheit im Bezirk muss weiter verbessert werden. So ist es notwendig, auf Gewerbetreibende einzuwirken, um Geschäfte, Galerien, Theater usw. für alle nutzbar zu machen. Darüber hinaus sollte das Bezirksamt das Leitsystem für BürgerInnen, vor allem auf dem Gelände der Fröbelstraße, verbessern.

2.2 Exkurs: Bürgerbeteiligung ist eine Grundhaltung und ein Prozess

Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten sind ein hohes Gut, gerade in der Kommunalpolitik. Dementsprechend bieten das Bezirksverwaltungsgesetz und unsere Pankower Geschäftsordnung der BVV eine ganze Reihe an Möglichkeiten, Anliegen in den parlamentarischen Prozess einzubringen:

- Bürgerfragestunde (http://www.berlin.de/ba-pankow/bvv/formular_buergeranfrage.php)
- Bürgerantrag
- Beantragung von Rederecht
- Beteiligung (an Diskussionen) in den Ausschüssen
- Möglichkeit der Eingaben (http://www.berlin.de/ba-pankow/bvv/formular_eingabe.php)
- Einwohnerversammlung
- Bürgerbegehren
- 3% Hürde

Diese Instrumente sind in der Tat recht weit gehend; wir denken daher zwar auch auf dieser Ebene über weitere Verbesserungen nach, sind aber auch mit dem bisher erreichten Stand recht zufrieden.

Die Probleme beim Thema BürgerInnenbeteiligung liegen aus unserer Sicht, gemessen an den Ereignissen in den letzten Jahren, auf einer anderen Ebene: Ob bspw. bei der Schulentwicklungsplanung, der Gestaltung der Oderberger Straße, den Baumpflanzungen in der Hufelandstraße, dem Streit um die Fällung der Traubenkirschen oder der (Spiel-)Platzgestaltung am Raabeplatz oder in der Stargarder Straße – immer verband sich die Klage über zu späte und nicht ausreichende Information über geplantes Verwaltungshandeln auf Seiten der BürgerInnen mit dem Wunsch, selbst Ideen einzubringen, praktisch mit Hand an zu legen und Verantwortung für den eigenen Kiez zu übernehmen.

Wir denken, dass unser Bezirk von dieser Haltung der BürgerInnen viel zu gewinnen hat. Niemand freut sich über mangelhafte und über zurückgehende staatliche Leistungen. Dagegen anzukämpfen bleibt eine zentrale politische Aufgabe für uns als Partei und Fraktion. Bürgerschaftliches Engagement sehen wir aber nicht als Zeichen von Krise, sondern als Wert an sich. Wo Menschen sich zusammenfinden, um ihre Straße zu begrünen, die Schule ihrer Kinder zu verbessern oder eine Bibliothek ehrenamtlich zu betreiben, da entsteht immer auch sozialer Zusammenhalt und gute Nachbarschaft. Da identifizieren sich Leute mit ihrem Kiez und dem, was sie tun. Über dieses Engagement sollte sich der Bezirk freuen, statt ihm vielfach immer noch Steine in den Weg zu legen.

Außerdem: Sobald man sich als Bezirksverordnete von dem Komplex frei macht, als Experte/Expertin für jede kommunalpolitische Frage gelten zu müssen, sobald man also Mut zur Lücke und zum Zuhören beweist, merkt man, wie viel Wissen, Ideen und Ressourcen zusätzlich gewonnen werden können in solch einem gegenseitigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess. Diesen Zugewinn für den Bezirk zu fördern und sich darüber zu freuen, ist eine Grundhaltung.

Und Bürgerbeteiligung ist ein Prozess – oder sollte es zumindest sein – bei dem im Idealfall am Ende alle Beteiligten etwas dazu gelernt haben. Man sollte sich dabei keinen Illusionen hingeben: In einer Demokratie müssen Einzelne auch Niederlagen hinnehmen. Das hat zuletzt schmerzhaft die Kastanienallee gezeigt. Bürgerbeteiligungs-, Diskussions- und Entscheidungsprozesse sind anstrengend, und es gibt meist zu viele verschiedene Meinungen und Interessen, als dass am Ende alle glücklich sein könnten. Aber ein paar mehr als am Anfang sollten es schon sein.

2.3 Kinder- und Jugendhilfe

Ausschussmitglieder der Fraktion: Stefanie Christoph (BV), Mathias Kraatz (BV). Ein besonderer Dank an Torsten Wischnewski.

In der Kinder- und Jugendhilfe kam es in dieser Legislaturperiode zu erheblichen Auseinandersetzungen um die Finanzierung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, der Überschreitungen bei den Haushaltsansätzen in den erzieherischen Hilfen sowie zur Auseinandersetzung mit der Senatsfinanzverwaltung hinsichtlich der Finanzierung der Plätze in der Kindertagesbetreuung.

Thematisch und organisatorisch standen insbesondere der Kinderschutz, die Frage nach der Unterstützung von Familien in Erziehungsfragen (Bündnis für die Familie und Familienzentren), die wohnortnahe Versorgung von Kindertagesbetreuungsplätzen und die Übertragung von kommunalen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen an die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Mittelpunkt. Als Fraktion haben wir uns gefreut, dass die Pankower Spielplatzkommission mit ihren Methoden und Verfahren mittlerweile als ein sehr gutes Modell der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ganz Berlin Beachtung findet.

Einsparungen verhindert
Die Fraktion hat insbesondere in der Frage der Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe die anfängliche Position des Bezirksbürgermeisters und der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der Linken massiv kritisiert. Sie wollten für den Haushalt 2009/2010 erhebliche Sparmaßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe umsetzen. Das hätte insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die Freizeitstätten besuchen, und an den Schulen die Schulstationen und Schülerclubs freier Träger getroffen. Viele dieser Einrichtungen standen vor dem Aus. Daher unterstützten wir an dieser Stelle die Gründung des Pankower Aktionsbündnisses für Kinder und Jugendliche intensiv. Aufgrund des Protests von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie unserer stetigen Arbeit in der BVV konnten die ursprünglich vorgesehenen rigorosen Einsparungen des Bezirksamtes für die Jahre 2009 und 2010 abgewendet werden.

Infolge dessen haben wir 2009 in der Projektgruppe des Jugendamtes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendfreizeitstätten in Pankow mitgearbeitet. Die Ergebnisse tragen wir als Fraktion mit. Die Übertragung einzelner kommunaler Kinder- und Jugendfreizeitstätten an freie Träger der Jugendhilfe halten wir im Sinne der Subsidiarität für richtig. Wir haben die Forderung, Einrichtungen der freien Träger angemessen zu finanzieren, in den vergangenen Jahren unterstützt. Der Entwicklung, dass es gut bezahlte kommunale Mitarbeiter/innen und schlecht bezahlte Mitarbeiter/innen bei freien Trägern der Jugendhilfe gibt, ist entgegenzuwirken.

Kinder- und Jugendlichenbeteiligung
Die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen war uns immer wichtig. Wir unterstützten daher die U18-Wahlen, die Selbstorganisation und Beteiligung auf allen Ebenen der Kommunalpolitik in Pankow, da wo sie von Kindern und Jugendlichen gewünscht wurde. Wir begrüßen auch die Aktivitäten des Jugendamtes zur Stärkung der Schülermitverwaltung in den Schulen.

Hilfen zur Erziehung
Mit Sorge mussten wir allerdings in den vergangenen Jahren die steigenden Ausgaben in den erzieherischen Hilfen zur Kenntnis nehmen. Die von der Fraktion erhoffte Umsteuerung ist durch das Bezirksamt nicht ausreichend erfolgt. Die Anzahl gestiegener Kinderschutzfälle und die gewachsene Sensibilisierung im Kinder- und Jugendschutz führten leider nicht dazu, dass Einrichtungen im Vorfeld der erzieherischen Hilfen gestärkt wurden. Die stationäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Wohngemeinschaften ist nach wie vor sehr hoch. An dieser Stelle sind wir in den kommenden Jahren gefragt, gemeinsam mit den Fachleuten der freien Träger und des Jugendamtes neue Strategien zu entwickeln, um den jungen Menschen nach Möglichkeit wohnortnah Perspektiven zu eröffnen.
Übertragung von Kindertagesstätten

Die Übertragung von Kindertagesstätten in der vorherigen Legislatur begleitete die Ausschussarbeit in den ersten Jahren ebenfalls. Dabei wurden die Auswirkungen des Übertragungsprozesses kritisch hinterfragt. Die Frage nach der Qualität der Einrichtungen und der Umsetzung ihres Betreuungs- und Bildungsprogramms standen dabei im Mittelpunkt. Dem Versuch der rot-roten Landesregierung, die steigende Nachfrage nach Plätzen in der Kindertagesbetreuung und damit die Finanzierungslasten an die Bezirke abzugeben, konnten wir u.a. im Zusammenspiel mit der Abgeordnetenhausfraktion entgegenwirken. An dieser Stelle gilt unser Dank insbesondere den „Haushältern“ der bündnisgrünen Abgeordnetenhausfraktion, Oliver Schruoffenegger und Jochen Esser.

Kitaplätze
Die Versorgung mit Kitaplätzen ist in einigen Regionen kritisch zu sehen. Die Aktivitäten des Jugendamtes, mit den Trägern der Kindertagesstätten Lösungen zur Platzerweiterung zu finden, unterstützen wir. Dabei darf es nicht zur Abschaffung des Gutscheinsystems kommen und das Jugendamt sollte die zentrale Platzsteuerung übernehmen. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern darf auch bei fehlenden Kitaplätzen nicht ausgehebelt werden. Die Eltern sollen sich einen für sie geeigneten Kitaplatz für ihre Kinder in den Einrichtungen suchen. Wir unterstützen – anders als das Jugendamt – insbesondere die Gründung von Elterninitiativen und die Selbstorganisation von Eltern. Das landesweite Kitabündnis zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in der Kindertagesbetreuung haben wir als Fraktion unterstützt und an einzelnen Protestaktionen teilgenommen. Wir haben das Bezirksamt aufgefordert, ein besseres Informationssystem über freie Kitaplätze vorzulegen. Dies wird uns in der nächsten Wahlperiode weiter beschäftigen.

2.4 Schule und Sport

Ausschussmitglieder der Fraktion: Maria Pfennig (BV, Ausschussvorsitzende, Fachsprecherin); Reiner Cimbollek (BD), Peter Neumann (stellv. BD)

Das Thema Schule und Bildung lag uns als Fraktion ganz besonders am Herzen, und nicht zuletzt durch unseren Ausschussvorsitz war es möglich, in diesem Bereich Themen zu setzen und Betroffene zu Wort kommen zu lassen.

Schulplätze & Schulentwicklungsplanung
Seit Beginn dieser Legislaturperiode beschäftigt uns das Problem der knappen Grundschulplätze, das aufgrund einer mangelhaften Schulentwicklungsplanung in den vorangegangenen Jahren entstanden war. Auf die rapide steigenden Schülerzahlen war der Bezirk erschreckend schlecht vorbereitet.
Um die akuten Probleme zu lösen, fanden 2007 auf Einladung der Fraktion Runde Tische zur Einschulungsproblematik statt, die dann später seitens der Bezirksstadträtin fortgeführt wurden. Auf unseren Druck hin wurde die Schulentwicklungsplanung für die Grundschulen vollständig überarbeitet und wird seit dem regelmäßig fortgeschrieben. Weiterhin wurde eine Studie zu den Raumkapazitäten im Prenzlauer Berg gefertigt. Über die aktuelle Situation berichtet die Stadträtin nun regelmäßig. Außerdem unterstützten wir die Einrichtung neuer Schulen, z.B. im Eliashof sowie in der Danziger Straße 50.

Neben den Grundschulen wurde auf unseren Druck hin auch die Schulentwicklungsplanung für die Oberschulen in Pankow ein Thema in der bezirklichen Schulpolitik. Wir werden weiter darauf dringen, nun auch verstärkt die Oberschulentwicklung in den Blick zu nehmen, denn dort wird die demografische Welle, die wir jetzt in den Grundschulen haben, bald ankommen.

Unterstützung von Schulen und Eltern
Ein wichtiger Aspekt unserer kommunalpolitischen Arbeit im Bereich Schule waren die regelmäßigen Treffen mit Eltern, z.B. der Thomas-Mann-Grundschule, um die Veränderungen in der Schullandschaft zu erläutern und gemeinsam die Schulentwicklung zu stärken. Aus den Gesprächen mit Eltern und Schulen entstanden häufig Kleine Anfragen, um die erörterten Fragen

abzuklären.

Gemeinsam konnten wir vielfach die Schulsituation ihrer Kinder verbessern, z.B. beim Erhalt der Grundschule in Blankenburg trotz Einzügigkeit; beim Umzug der Grundschule am Teutoburger Platz in die Danziger Str. 50, wo ein Schulhof vorhanden ist; bei der Ermöglichung der Zwischennutzung von Räumen zu Therapiezwecken in der Schule am Schlosspark, während neue Räume gebaut werden. Auch setzen wir uns für das Vorhaben der Rosa-Luxemburg-Oberschule ein, ihre kaputte Kleinsporthalle in eine Mensa umzuwandeln, um den Ganztagsunterricht des Gymnasiums zu ermöglichen.

Wir unterstützen die Gemeinschaftsschulinitiativen im Bezirk, u.a. in der Einrichtung der 5. Klassen in der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule und Start der Tesla-Schule als Gemeinschaftsschule, womit die Idee eines bezirklichen Schulneubaus am Volkspark Friedrichshain verworfen werden konnte.

Sport
Im Bereich Sport engagierten wir uns im Bezirk durch die Teilnahme an Veranstaltungen des Bezirkssportbundes, z.B. jährliche Auszeichnungen besonderer Verdienste im Sport, Wahl des Bezirkssportbundes. Wir unterstützen die Initiative zum Erhalt der Schwimmhalle in der Wolfshagener Straße sowie die SportlerInnen der geschlossenen Sporthalle in Weißensee und die ehrenamtlichen SportlerInnen in Sachen Umgang mit der Parkraumbewirtschaftung.

Schul- und Sportstättensanierung
Der schlechte Zustand vieler unserer Schulen, Sporthallen und -plätze bleibt die große offene Baustelle unserer Arbeit. Dass in vielen Fällen regulärer Schul-, aber auch Vereinssport nicht möglich ist, ist ebenso wenig hinnehmbar wie Schulgebäude mit kaputten Fenstern und Heizungen, ohne ausreichenden Brandschutz und mit verrosteten Sanitäranlagen. Wir haben uns gerade deshalb so intensiv dafür eingesetzt, dass der Bezirk Pankow seinen Haushalt in Ordnung bekommt, damit (Kofinanzierungs-)Gelder für die Schulsanierung frei werden!

Gesprächsreihe Gute Schule
Ein großer Erfolg war die Veranstaltungsreihe „BildungsBürgerInnen gesucht! Pankower Gesprächsreihe Gute Schule“. Wir besprachen Themen wie Jahrgangsübergreifendes Lernen (JÜL), Schulessen, Schulhofgestaltung, Was ist eine gute Schule?, Sinnvolle Wandertage in der Region, Spezial- und hochbegabte Kinder und Sekundarschulstart mit ExpertInnen, Eltern und SchülerInnen. Dabei sammelten wir neue Ideen für eine bessere schulische Bildung, brachten gemeinsam mit unseren Gästen Theorie und Praxis zusammen und debattierten darüber, was möglich ist und was nicht. Die Vernetzung der Gäste und verschiedenen Akteure miteinander war uns auch ein wichtiges Anliegen der Veranstaltungsreihe – denn manches Problem lässt sich über direkte Kontakte schneller lösen.

2.5 Kultur und Bildung

Ausschussmitglieder der Fraktion: Cornelia Schwerin (BV, Fachsprecherin), Tilman Bemm (BD)

Kurt-Tucholsky-Bibliothek
Die Weiterführung der Kurt-Tucholsky-Bibliothek in der Esmarchstraße 18 als öffentliche Bibliothek durch den Verein Pro Kiez e.V. ist wesentlich auf das Engagement der bündnisgrünen Fraktion sowohl bei der Gründung und Beratung des Vereins als auch bei der Absicherung des Verbleibs der Bibliothek im Öffentlichen Verbundsystem (VÖBB) zurückzuführen. Alle ehrenamtlichen Bibliotheken in Pankow benötigen auch in Zukunft die finanzielle und organisatorische Unterstützung des Bezirks.

Wappen
Der Bezirk Pankow hat nach einem längeren Diskussionsprozess seit dieser Wahlperiode auch ein Wappen. Auf unsere Initiative hin wurde der Prozess zur Findung eines Wappens in Gang gesetzt und schließlich auch durch unseren Druck erfolgreich zu Ende gebracht. Jedoch hätte dem Bezirk ein durch eine Abstimmung in der BVV legitimiertes Wappen als Abschluss dieser Namensdebatte gut getan.

Veränderungen im Kulturareal Thälmannpark
Die bündnisgrüne Fraktion hat maßgeblich dazu beigetragen, Veränderungen im Kulturareal Thälmannpark anzugehen – insbesondere durch die Frage, ob die Einrichtungen der kulturellen Bildung aus dem Eliashof im Thälmannpark neue Räume finden können. Neben den dringenden baulichen Verbesserungen müssen aus bündnisgrüner Sicht weitere inhaltliche Veränderungen vorgenommen werden. Wir wollen das Modell, einen größeren kulturellen Standort in bezirklicher Trägerschaft zu haben, weiterführen.

Eliashof: Alternativstandorte für die kulturelle Bildung und MACHmit! Museum sichern
In unzähligen Großen Anfragen und Anträgen hat die bündnisgrüne Fraktion darauf hingewirkt, dass der Bezirk Alternativstandorte für die im Eliashof ansässigen kulturellen Bildungsangebote findet. Das Ergebnis des bezirklichen Findungsprozesse war leider spärlich.
Aufgrund eines bündnisgrünen BVV-Antrags ist es jedoch gelungen, die Kündigung der Räume des MACHmit!-Museums für Kinder im Eliashof zurückzunehmen. So wurde ein Angebot der kulturellen Bildung in unserem Bezirk weiterhin gesichert.

Kulturentwicklungsplan
Im Rahmen des Kulturentwicklungsplanes wurden von uns Vorschläge unterbreitet, insbesondere die Pankower Kunstsammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen – so wie dies andere Berliner Bezirke bereits tun. Diese Vorschläge haben bisher leider keine Mehrheit gefunden, obwohl allen Bezirksverordneten klar ist, dass eine Sammlung auf Dauer präsentiert und nicht nur archiviert werden sollte.

Akteneinsicht
Da die Informationen des Amtes für Kultur und Bildung dem Ausschuss gegenüber oft nur sehr spärlich blieben, war Akteneinsicht häufig die einzige Möglichkeit, sich präzise über Sachverhalte zu informieren. Dies war nötig im Streit um das Café Garbáty, bei Verfahren und Verträgen, z.B. zum ehemaligen Weißenseer Kulturhaus „Peter Edel“ und zur Brotfabrik, mehrfach bei den Fragen rund um die Kurt-Tucholsky-Bibliothek und beim Thälmannpark. Leider war das jeweilige Verfahren, diese Akteneinsicht zu bekommen, für Bezirksverordnete langwierig und mit einigen juristischen Hürden verbunden.

2.6 Gesundheit, Arbeit, Soziales sowie Gleichstellung und Integration

Gesundheit, Arbeit, Soziales – Ausschussmitglieder der Fraktion: Dr. Stefan Schneider (BV, Fachsprecher), Ute Schnur (BV), Dieter Wucherpfennig (BD), Heinrich B. Pieper (stellv. BD)

Gleichstellung und Integration – Ausschussmitglieder der Fraktion: Dr. Stefan Schneider (BV, stellv. Ausschussvorsitzender, Fachsprecher), Editha Kindzorra (BD), Miran Bauer (stellv. BD)

Die Themenbereiche Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Integration werden häufig erst zu später Stunde in den BVV-Sitzungen behandelt – und das erweckt den Anschein, als genießen diese Themen keine hohe Priorität in der Bezirkspolitik. Dabei ist insbesondere der Bereich Soziales mit knapp 300 Millionen Euro der größte Einzelplan im Pankower Bezirkshaushalt, der insgesamt 650 Millionen Euro umfasst. Das liegt vor allem daran, dass Tausende Pankower in irgendeiner Form Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch beziehen und, dass durch die zum Teil immer noch steigenden sogenannten Fallzahlen in Verbindung mit hohen Aufwendungen (z.B. für Pflege, Grundsicherung und weiteres mehr) die höchsten Kosten verursacht werden.

„Freiwillige Leistungen“
Ein besonderer Fokus liegt aber auf den sozialen Projekten des Bezirks etwa für Senioren, Behinderte und Wohnungslose, die als freiwillige soziale Leistungen aus dem Bezirkshaushalt finanziert werden. Es ist unserer Fraktion in den Haushaltsberatungen 2010/2011 gelungen, erstmalig seit gefühlten Ewigkeiten zu erreichen, dass die Mittel in diesem Bereich *nicht* gekürzt werden. Gelungen ist dies, weil wir gleichzeitig darauf gedrungen haben, dass der Bezirk im Bereich gesetzlich garantierter Leistungen (wie Sozialhilfe, Leistungen zur Eingliederung usw.) keine Defizite erwirtschaftet. Wir haben erhebliche Mühe darauf verwendet, um zu erreichen, dass der Bezirk im Sozialamt auch tatsächlich sieben weitere Stellen zur Durchführung der Pflichtleistungen besetzt, um seinen Aufgaben nachzukommen. Dennoch haben wir hinnehmen müssen, dass im Gesundheitsamt wichtige Aufgaben weiterhin liegen bleiben, da Stellen nicht besetzt werden können.

Ausschussarbeit
In der Alltagsarbeit des Fachausschusses haben uns immer wieder dafür eingesetzt, die unterschiedlichsten Themenbereiche, wie beispielsweise die Versorgung psychisch Kranker, die Situation der Senioren, die Arbeit der Freiwilligenagenturen und weiteres mehr, auf die Tagesordnung zu setzen, so dass wir uns eine recht detaillierten Überblick über die sozialpolitische Situation in Pankow haben erarbeiten und kompetent diskutieren können.

Jobcenter
Als äußerst problematisch einzuschätzen sind die Möglichkeiten der BVV, das JobCenter Pankow demokratisch zu kontrollieren. Die festgelegten Strukturen verhindern dies. Und so ist die Politik auf freiwillige Auskünfte angewiesen und hat bestenfalls die Möglichkeit, Vorschläge in die Debatte einzubringen. Das ist hochgradig unbefriedigend und bleibt weit hinter unseren politischen Zielen zurück. Es gibt aber auch keine nennenswerte politische Bewegung von Hartz IV-Leistungsbeziehern, die hier Schwung in die Auseinandersetzung bringen könnte. An unserer kleinen Kampagne zur Kunden(un-)zufriedenheitsumfrage haben wir gemerkt, wie aufwändig und schwierig es ist, die bestehende Resignation aufzubrechen.

Gleichstellung und Integration
Im Bereich Gleichstellung und Integration ist die Bilanz ebenfalls uneinheitlich. Aus der Zuständigkeit für MigrantInnen konnte der Aufgabenbereich der Integration entwickelt werden. Die Gründung eines Integrationsbeirates (mit guter bündnisgrüner Beteiligung) und die erfolgreiche Erarbeitung eines ersten Pankower Integrationskonzeptes sind sicher gute Ergebnisse einer mehrjährigen kontinuierlichen Arbeit. Dennoch mussten in diesem Politikfeld deutliche Streichungen und Kürzungen von Projekten – insbesondere auch im Gleichstellungsbereich bei den Frauenprojekten – hingenommen werden.

Gegen Homophobie und Rechtsextremismus
Im Bereich der Akzeptanz sexueller Vielfalt konnten in zäher Kleinarbeit einige Fortschritte erzielt werden. Mit dem Beschluss *VI-0824: Pankow für ein tolerantes Miteinander – auch und gerade mit Lesben, Schwulen und Transgender* haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen que(e)r durch alle Bereiche des Bezirksamts auf den Weg gebracht, um zu erreichen, dass eine Sensibilität für das Thema nicht nur auf symbolische Aktionen wie das Hissen der Regenbogenfahne anlässlich des Christopher-Street-Day beschränkt bleibt, sondern im Alltag verankert ist.

Ein wichtiger Erfolg war, am 1. Mai 2010 eine Demonstration von Nazis durch Prenzlauer Berg verhindert zu haben. An den zahlreichen Blockaden haben sich auch bündnisgrüne Bezirksverordnete aktiv beteiligt.

Die hier genannten Beispiele repräsentieren allerdings nur einen kleinen Ausschnitt aus der gesamten Arbeit, die weitaus umfangreicher und vielfältiger ist. Deutlich sollte aber geworden sein, dass der Einsatz für ein soziales, lebenswertes, tolerantes, vielfältiges Pankow ein zentrales Ziel der Politik von Bündnis 90/Die Grünen in Pankow ist.

2.7 Exkurs: Senioren-BVV-Tagungen

Bei uns in Pankow ist es – wie in anderen Bezirken auch – nun schon gute Tradition, einmal jährlich eine BVV-Tagung zu seniorenpolitischen Themen zu veranstalten, die weitestgehend von Seniorinnen und Senioren selbst bestritten wird. Sowohl die offizielle Pankower Seniorenvertretung als auch Organisationen, wie z.B. AWO und Volkssolidarität, oder die Senioren-Abteilungen von Parteien kümmern sich hier jeweils darum, dass Sorgen, Wünsche und Ideen älterer und alter Menschen Gehör finden.

Im Jahr 2010 stellte sich jedoch einmal mehr heraus, dass auch gute Traditionen verbesserungsbedürftig sein können. So waren nicht nur wir als Fraktion, sondern vor allem die SeniorInnen selbst mit dem tatsächlichen Ablauf dieser Veranstaltungen unzufrieden – schienen sie doch immer mehr zu reinen Alibi- und Wohlfühlveranstaltungen zu verkommen: Die Senioren durften zwar Fragen stellen und Anträge einbringen, aber diskutiert wurde nicht. Stattdessen wurde einfach alles in die Ausschüsse geschoben, wo das Schicksal der Anträge für die Senioren nur noch schwer nachzuverfolgen war. Für die Bezirksverordneten waren diese Veranstaltungen zwar bequem, weil man sich nicht vor den SeniorInnen streiten oder gar einen ihrer Anträge ablehnen musste, aber gleichzeitig auch genauso wenig spannend wie für die SeniorInnen selbst.

Deshalb starteten wir in Absprache mit der Seniorenvertretung eine Initiative, den ganzen Prozess anders zu gestalten – mit Erfolg. Die Senioren-Tagungen finden nun zeitlich nicht mehr direkt vor regulären BVV-Tagungen, sondern zu eigenständigen Terminen statt. Es gibt einen längeren Vorlauf, bei dem die vielen Fragen und Anliegen der Senioren mithilfe der Seniorenvertretung besser gebündelt werden, so dass eine handhabbare Tagesordnung entsteht. Damit werden echte Debatten möglich gemacht. Die SeniorInnen mussten uns wiederum versprechen, sich selbst in diesen Tagungen auch mehr zu Wort zu melden und Anträge mündlich zu begründen. Am 31. März 2011 wurde dieses neue Verfahren ausprobiert. Wir gehen also weiter auf dem Weg, die Senioren-BVVen den regulären Tagungen immer weiter anzunähern und so die SeniorInnen als Gesprächspartner auch wirklich ernst zu nehmen.

2.8 Verkehr, Öffentliche Ordnung und Verbraucherschutz

Ausschussmitglieder der Fraktion: Cornelius Bechtler (BV Fachsprecher), Almuth Tharan (BV, Arndt Meier (BD), Andreas Brückner (stellv. BD)

Zusammenarbeit mit unserem Stadtrat
Nach der Wahl 2006 erhielt Bündnis 90/Die Grünen im Pankower Bezirksamt die Zuständigkeit für die Bereiche Verkehr, kommunaler Verbraucherschutz und Ordnungsamt. Unser Bezirksstadtrat, Jens-Holger Kirchner, wurde dabei schnell über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt für seine zupackende Art, Probleme anzugehen, sowie für seinen offenen und kooperativen, aber auch streitbaren Umgang mit den BürgerInnen. Viele Straßenbaumaßnahmen, die in den letzten Jahren durch die Vorgänger im Bezirksamt verschleppt worden sind, konnten endlich gezielt angegangen werden. Beispielhaft ist auch die Einführung des Smiley/der Negativliste in Gastronomie und Lebensmittelhandel zur Kennzeichnung der Lebensmittelhygiene nach dänischem Vorbild. Pankow wurde so zum bundesweiten Modell für kommunalen Verbraucherschutz. Diese positiven Erfahrungen trugen maßgeblich zu den jüngsten Beschlüssen auf Bundesebene zur Einführung des „Hygienebarometers“ bei.

Mit der bündnisgrünen Übernahme der Abteilung Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz änderten sich auch Informationspolitik und Kommunikationsstil des Amtes grundlegend. Es ist nun selbstverständlich, dass Bürgerinnen und Bürger – genauso wie die Bezirksverordneten – alle verfügbaren Informationen erhalten. So können sich Bürgerinnen und Bürger von Beginn an in die Planung von Straßen einmischen und Anregungen geben.

In der Verkehrspolitik, in den Bereichen des kommunalen Verbraucherschutzes und der Öffentlichen Ordnung haben wir als Fraktion eng mit unserem Bezirksstadtrat zusammen-

gearbeitet. Viele Initiativen für ein fußgänger- und fahrradfreundliches Pankow, für mehr Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder und ältere Menschen, die Einführung des Smiley oder die Parkraumbewirtschaftung gingen von der bündnisgrün verantworteten Abteilung des Bezirksamts aus. Als Fraktion haben wir diese Initiativen eng begleitet, unterstützt und viele Anregungen gegeben. Oft ging es darum, Mehrheiten in den Gremien der BVV für eine Politik mit grünen Zielen zu erreichen. Dabei sind wir bei den anderen Parteien immer wieder an Grenzen gestoßen, wenn wir uns z.B. für mehr Platz für FußgängerInnen im Straßenraum oder für neue Planungsansätze wie „Shared Space“ oder „Begegnungszonen“ eingesetzt hatten.

Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit
Die Lebensstile in unserer Stadt haben sich spürbar verändert. Viele Menschen verstehen die Straße auch als Lebensraum. Damit steigen die Nutzungsansprüche, die Anforderungen an die Aufenthaltsqualität und die Notwendigkeit an Verbesserungen für Fußgänger und Fahrradfahrer. Es gibt in dieser Wahlperiode kaum einen Pankower Kiez oder Ortsteil, wo sich nicht Bürgerinnen und Bürger für Verkehrsberuhigung oder für mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer eingesetzt hätten. Wir verstehen uns dabei als Diejenigen, die verstärkt die Interessen von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen vertreten.

Ebene und passierbare Gehwege sowie sichere Übergänge sind für alle FußgängerInnen wichtig. Wir haben deshalb verstärkt die zur Verfügung stehenden Mittel für mehr Barrierefreiheit für Fußgänger genutzt. Davon profitieren alle, insbesondere aber Ältere, Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen. Für jene ist Barrierefreiheit eine wichtige Voraussetzung, um am Leben teilnehmen zu können. Insbesondere in den Sanierungsgebieten haben wir die zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, um Gehwege barrierefrei und Kreuzungen durch vergrößerte Gehwegbereiche (sogenannte Gehwegvorstreckungen) sicherer und attraktiver zu gestalten. Bei der Einrichtung von Zebrastreifen ist Pankow weit vorn: Mit 15 Zebrastreifen hat Pankow maßgeblich zur Renaissance des Zebrastreifens in Berlin beigetragen.

Auch bei der Barrierefreiheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln ist unser Bezirk Vorreiter. An den U-Bahnhöfen Eberswalder Straße, Senefelderplatz oder Vinetastraße wurden ebenso Aufzüge eingebaut wie an den S-Bahnhöfen Blankenburg und Karow. Unser Bezirksstadtrat richtete erstmalig einen gemeinsamen Arbeitskreis mit der BVG ein, bei dem seitdem die Probleme im öffentlichen Verkehr direkt mit der BVG besprochen werden können. Aus dem Arbeitskreis heraus wurde z.B. die Entwicklung neuer barrierefreier Haltestellenkaps für Straßenbahnen unterstützt. Damit können nun auch Haltestellen barrierefrei eingerichtet werden, wo dies bisher die Lage der Gleise nicht erlaubt hatte. In der Pappelallee und der Stahlheimer Straße sind sie bereits gebaut worden, es folgen weitere in der Kastanienallee und in der Friedrich-Engels-Straße.

„Mehr Verkehrssicherheit“ ist unser Leitbild für die Umgestaltung der Straßen in Pankow. Weniger Tempo in Wohngebieten, sichere Schulwege und gezielte Maßnahmen an Unfallschwerpunkten haben den Verkehr in Pankow insgesamt sicherer gemacht.

Verbesserungen für den Radverkehr
Der Fahrradverkehr boomt in Pankow. Der schrittweise Ausbau der Fahrradinfrastruktur hat daran einen wesentlichen Anteil. Das Engagement des grün geführten Tiefbauamts führt dazu, dass in Pankow überdurchschnittlich viele Senatsmittel eingesetzt werden konnten. Bei den großen Baumaßnahmen werden überall sichere Radverkehrsanlagen, wie z.B. die Fahrradstreifen in der Wollankstraße oder in der Blankenburger Straße vorgesehen. Der Radfahrstreifen auf der Fahrbahn ist dabei oft die sicherste Lösung, da die Fahrradfahrer vom Autoverkehr gut gesehen werden. Auch bei den Abstellanlagen für Fahrräder ist Pankow führend. Die Vergrößerung der Gehwegbereiche wird dabei oft für die praktischen Anlehnbügel genutzt und damit zugleich verhindert, dass die Gehwege von Autos beparkt werden.

Der Bezirk nutzt den Sachverstand der Pankower Verkehrs- und Umweltverbände. Pankow hat einen eigenen „FahrRat“, der den Ausbau der Fahrradinfrastruktur konstruktiv begleitet. Leider glänzen die anderen Fraktionen in diesem Gremium nur durch ihre Abwesenheit.

Verkehrssicherheit hat auch beim Fahrradverkehr Vorrang. Unfallschwerpunkte werden gemeinsam mit der Berliner Unfallkommission analysiert und dabei Lösungen entwickelt. Ein wichtiger Punkt bleibt das Beparken der Radstreifen. Neben dem Ordnungsamt muss die Polizei konsequenter die Freihaltung der Radstreifen für Fahrradfahrer durchsetzen.

Car Sharing
Sehr gut konnten wir als Fraktion mit unserem Stadtrat auch beim Thema Car Sharing zusammenarbeiten. Inzwischen verfügt Pankow als einziger Bezirk über ein neuartiges Car Sharing-Konzept. 2008 wurden erstmals zehn Car Sharing-Parkplätze auf öffentlichem Straßenland eingerichtet. Mittlerweile konnten wir einen weiteren Antrag unseres Stadtrats durch die BVV bringen. So werden derzeit von verschiedenen Anbietern weitere 35 neue Stationen mit 78 Stellplätzen eingerichtet. Wir arbeiten außerdem daran, bald auch Ladestationen für Elektro-Car Sharing-Autos zu installieren sowie die Stationen mit einem Fahrradverleihsystem zu verknüpfen. Alles im Sinne eines Gesamtkonzepts ökologischer und bedürfnisgerechter Mobilität.

Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Prenzlauer Berg
Wir haben wegen der angespannten Parkplatzsituation die Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Prenzlauer Berg aktiv unterstützt. Die Situation war nicht mehr tragbar: Gehwegübergänge, Kreuzungen und teilweise selbst die Gehwege wurden hemmungslos zugeparkt. Die Parkraumbewirtschaftung bevorrechtigt dabei diejenigen AnwohnerInnen mit einem Pkw zuungunsten der AutofahrerInnen, die von außerhalb in das Gebiet einfahren.

Es ist gelungen, ein breites Bündnis in der BVV und in der Zivilgesellschaft zu erreichen: Die Initiative „Pro Parkraumbewirtschaftung“, bei dem sich verschiedene Initiativen, Verbände und viele Einzelpersonen zusammengetan hatten, ist bisher beispiellos in Berlin. Die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in insgesamt drei neuen Bewirtschaftungszonen, mit über 13.000 bewirtschafteten Stellplätzen und die Neueinrichtung der Gruppe Parkraumbewirtschaftung mit insgesamt 94 neuen Beschäftigten im Pankower Ordnungsamt war ein Kraftakt, der erfolgreich gemeistert wurde. Dies war zugleich die größte Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Berlin überhaupt. Seitdem hat sich in vielen Gebieten die Parksituation spürbar verbessert, auch wenn sie derzeit am Helmholtzplatz durch die Baumaßnahmen von Vattenfall und den hierdurch bedingtem zeitlichen Wegfall von vielen Parkplätzen angespannt bleibt.

BürgerInnen mischen sich ein und nehmen ihre Interessen wahr
Zunehmend sind AnwohnerInneninitiativen aktiv geworden, um Verbesserungen in ihrem Wohnumfeld zu erreichen. Herausragende Beispiele waren die Initiative zur Einrichtung einer autofreien Zone rund um die Gethsemanekirche sowie die Unterstützung für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf das Bötzowviertel. Die BürgerInnen nutzten dabei die Möglichkeit, mit Hilfe mindestens eines Bezirksverordneten Bürgeranträge in die BVV einzubringen. Sie nahmen daraufhin an den Ausschusssitzungen teil und mischten sich dort in die Debatte der Ausschussmitglieder ein.

Unsere Fraktion hat Initiativen aus der Bevölkerung in den meisten Fällen unterstützt ohne sie dabei parteipolitisch zu vereinnahmen. Wir nehmen die Anregungen der BürgerInnen ernst, was nicht heißen muss, dass in jedem Fall eine Umsetzung 1:1 machbar und wünschenswert ist. Vielmehr setzen wir uns ernsthaft mit den Anregungen der Bürgerinnen auseinander und bringen sie in die Entscheidungsfindung ein.

Umstrittene Umbauplanung in der Kastanienallee
Wir haben uns von Anfang an für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit für die RadfahrerInnen eingesetzt, die die zahlenmäßig stärkste Nutzergruppe der Straße darstellen, sowie für die Herstellung der Barrierefreiheit sowohl auf den Bürgersteigen als auch beim Zugang zur Straßenbahn. In einem dreijährigen Diskussionsprozess wurde an der Planung gefeilt. Die BVV hat einen fraktionsübergreifenden Beschluss zur Sanierung der Straße gefasst.

Trotz vielfältiger Bemühungen konnte nicht mit allen BürgerInnen Einvernehmen hergestellt werden. Auch wir selbst haben intern heftig darüber diskutiert, wie die Straße saniert werden kann,

ohne dass Flair und Lebensgefühl beeinträchtigt werden. Wir denken, zu einer verträglichen Lösung gekommen zu sein. Dennoch wird derzeit von einer Initiative aus der Kastanienallee ein Bürgerbegehren verfolgt, dass den Umbau verhindern und den derzeitigen Zustand beibehalten will. Die sehr gegensätzlichen Interessen haben eine Kompromiss-Suche sehr erschwert. Im Gegensatz zu einigen anderen VertreterInnen der Kommunalpolitik leiden wir jedoch nicht an Gedächtnisschwund und stehen weiterhin für unsere Ziele – Verbesserung der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit, bei *gleichzeitigem* Erhalt der Straße als Flaniermeile – ein.

Grüne Verbraucherschutzpolitik in Pankow
Verbraucherschutzpolitik ist ein grünes Markenzeichen. Die Information von VerbraucherInnen und die Transparenz von Verwaltung sind uns dabei besonders wichtig. Erst durch das Verbraucherinformationsgesetz war es möglich, die Bürgerinnen und Bürger über die Kontrollergebnisse des Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamts zu informieren. In etwa einem Drittel der gastronomischen Betriebe bestanden vor der Einführung des Pankower Smileys/der Negativliste erhebliche Mängel bei der Lebensmittelhygiene. Die Veröffentlichung besonders drastischer Beispiele auf dieser Negativliste, die mit Bildern anschaulichen ergänzt wurden, führte schnell zu einer Verbesserung der Hygiene-Situation in der Gastronomie und im Lebensmittelhandel. Der Pankower Smiley ist seitdem eine Orientierungshilfe für alle Pankowerinnen und Pankower, um besonders vorbildliche Gaststätten und Betriebe zu finden.

Bürgernahes Ordnungsamt
Das Zusammenleben – gerade in einer so dicht besiedelten Großstadt wie Berlin – benötigt gemeinsame, allseits akzeptierte Regeln und gegenseitige Rücksichtnahme. Aufgabe des Ordnungsamtes ist es, über diese Regeln zu informieren und für die gegenseitige Rücksichtnahme zu werben. Das Ordnungsamt setzt aber auch ggf. Regeln durch, wenn die Rechte Einzelner nicht beachtet oder ignoriert werden. Zugeparkte Gehwege, ausufernde Schankvorgärten oder das Gehweg-Radfahren behindern Fußgänger und gefährden mobilitätseingeschränkte Menschen. Für Blinde sind Hindernisse in der Gehbahn eine ernste Gefahr. Hundekot auf Gehwegen und in Parks schränken nicht nur allgemein die Lebensqualität ein, sondern behindern besonders das Leben mit Kindern in der Stadt. Die Arbeit der OrdnungsamtsmitarbeiterInnen ist dabei oft nicht einfach. Genau deshalb haben wir die Tätigkeit unterstützt und wertgeschätzt.

2.9 Umwelt und Natur

Ausschussmitglieder der Fraktion: Almuth Tharan (BV), Gordon Schade (BD), Sabine Wagner (stellv. BD)

Fehlende Mittel
Pankow ist ein Bezirk, der reich an Grünflächen ist. Das spiegelt sich leider nicht in der Höhe der Geldmittel wider, die dem Bezirk für die Pflege dieser Flächen zur Verfügung stehen. Im Gegenteil, da in Pankow die Einkommen vergleichsweise hoch sind und unsere Parkanlagen keine für Berlin und/oder den Denkmalschutz zentrale Bedeutung haben, kommt der Bezirk bei der Mittelzuweisung eher schlecht weg. Auch die verstärkt erforderliche Müll- und Schadensbeseitigung in den Pankower Grünanlagen muss aus den Grünpflegemitteln bezahlt werden.

Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement
Vor diesem Hintergrund geht es zum einen um den sparsamen Umgang mit den vorhandenen Mitteln und zum anderen um die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen zur Erhaltung oder Erweiterung des Grüns im Bezirk.
So ist es auch aufgrund unseres Einsatzes und unserer Unterstützung gelungen, auf einigen neugestalteten Spiel- und anderen Plätzen sowie in einigen Straßen beim „Straßenbegleitgrün“ durch bürgerschaftliches Engagement mehr Grün insgesamt zu ermöglichen. Wir unterstützen den Arbeitskreis Traubenkirsche und vielfältige Initiativen im Grünbereich und setzten uns für den Erhalt von Grün- und Freiflächen auch außerhalb von Parks ein.
Besonders erfreulich war in diesem Zusammenhang, dass es uns in den letzten Haushalts-

beratungen gelang, im Amt für Umwelt und Natur die Stelle einer Bürgerbeteiligungsbeauftragten einzurichten. Wir hoffen, dass es so zu einer engeren Zusammenarbeit der Bezirksverwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Verbände kommt.

Mauerpark und Mauergrünzug
Der Mauergrünzug spielte für uns dabei eine entscheidende Rolle, die durch eine Kooperationsinitiative zwischen Pankow und Reinickendorf nicht weniger verdeutlicht wird als durch die Unterstützung der Initiativen, die für die Fertigstellung des Mauerpark kämpfen. Schon seit Jahren kämpfen nicht nur wir, sondern vor allem auch viele AnwohnerInnen rund um den Mauerpark für dessen Fertigstellung und gegen seine Bebauung. Mit der nun gegründeten Mauerpark-Stiftung Weltbürgerpark gibt es jetzt eine neue Perspektive und eine Aufgabe für die nächste Wahlperiode.

Grünflächen und Frischluftschneisen
Generell haben wir uns auch aus Gründen des Klimawandels und der Anpassung daran stark für die Erhaltung von Grün- und Freiflächen in Pankow eingesetzt. Über Pankow verläuft die wichtigste „Frischluftschneise“ zwischen Berliner Innenstadt und Umland. Eine Anzahl von Anträgen, die wir in diesem Zusammenhang früh in dieser Wahlperiode gestellt haben, fand bei den anderen Fraktionen keine positive Aufnahme. Sie haben wohl trotzdem zu einer Bewusstseinsbildung in diesem Themenbereich beigetragen, denn mittlerweile lachen nicht mehr alle über die Möglichkeiten lokalen Handelns bei der Klimafolgenanpassung.

Straßenbäume
Des Weiteren haben wir uns stark für den Erhalt der Straßenbäume eingesetzt – leider hat Pankow hier einen negativen Saldo, d.h. es werden vor allem aus Gründen der Verkehrssicherheit mehr Straßenbäume gefällt als gepflanzt. Wir haben nicht nur erreicht, dass dieses Thema stärker im Bewusstsein von Öffentlichkeit und Verwaltung verankert wurde, sondern gemeinsam mit engagierten Bürgerinitiativen und Umweltverbänden auch so lange selbst Bäume gepflanzt, bis vom Senat mehr Geld für Neupflanzungen bewilligt wurde.

Botanische Anlage Blankenfelde
Die Botanische Anlage war ein weiteres sehr präsentes Thema in der zu Ende gehenden Wahlperiode. Wir teilen die Meinung, dass diese Anlage attraktiver und präsenter werden soll und begrüßen, dass es gelungen ist, die Schaugewächshäuser zu erneuern. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass interessierte lokale Akteure in die weitere Planung für die Anlage einbezogen werden. Mit der Übergabe der Anlage an die Grün Berlin GmbH sind die Möglichkeiten für eine von Pankow ausgehende Entwicklung des Areals wahrscheinlich nicht leichter geworden, wir werden uns jedoch im neugegründeten Beirat der Anlage für lokale Interessen einsetzen.

2.10 Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung

Ausschussmitglieder der Fraktion: Almuth Tharan (BV, stellv. Ausschussvorsitzende), Peter Brenn (BV, Fachsprecher), Dennis Probst (BD), Andreas Brückner (stellv. BD)

Unsere Schwerpunkte im Bereich der Stadtentwicklung lagen vor allem in der

- langfristigen Sicherung der Sanierungsziele in Sanierungsgebieten nach der förmlichen Entlassung durch die Aufstellung von quartiers- bzw. blockumfassenden B-Plänen,
- Verhinderung der Verdrängung von Mietern auf Grund von Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten aus ihren Wohnungen und Kiezen,
- Erarbeitung eines städtebaulichen Konzeptes für den ehemaligen Rangierbahnhof Pankow.

Rangierbahnhof Pankow
Bereits beim ersten Antrag, den wir auf der 4. Tagung zum Thema Stadtentwicklung in die BVV eingebracht haben, ging es um das Konzept für den ehemaligen Rangierbahnhof Pankow. Wir haben uns dann gemeinsam mit der SPD und den Linken im Ausschuss auf einen Antrag verständigt, der für uns in seinen wesentlichen Zügen heute noch Gültigkeit hat. Jedoch haben

sich die beiden anderen Parteien von diesem Standpunkt verabschiedet und folgen nun kritiklos den für uns nicht zu akzeptierenden Vorschlägen des jetzigen Eigentümers des Grundstückes, Herr Krieger.
Dieses Thema wird uns noch lange begleiten. Wir werden weiter darauf drängen, dass eine umfassende BürgerInnenbeteiligung stattfindet, in deren Rahmen auch alle fachlichen Fragen diskutiert werden können. Wie etwa die, welchen Einfluss das Vorhaben von Möbel Krieger auf die Berliner Straße und den Pankower Anger hätte.

Kampf gegen steigende Mieten
Erfolgreicher war für uns die Verhinderung der Verdrängung von Mietern sowohl in der „Grünen Stadt“ als auch bei zwei Wohnblocks an der Wisbyer Straße. Durch die Umsetzung einer „Umstrukturierungssatzung“ konnte verhindert werden, dass ein größerer Teil von Mietern auf Grund von Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten aus ihren Wohnungen bzw. ihrem Quartier auch auf Grund steigernder Mieten ausziehen mussten.
Dieses Instrument wurde bundesweit zum ersten Mal erfolgreich angewandt und konnte auch deshalb umgesetzt werden, weil wir noch eine vom Eigentümer unabhängige Mieterberatung im Bezirk haben. Der Erhalt dieser Mieterberatung war für uns einer der drei wesentlichen Punkte, welche wir bei unserer Zustimmung zum letzten Bezirkshaushalt auch gesichert haben wollten. Leider werden in den Sanierungsgebieten nur ca. 20 % der belegungsgebundenen Wohnungen kontrolliert. Hier gilt es, sich in der nächsten Wahlperiode des Themas auf Landes- und Bezirksebene anzunehmen, will man eine weitere Verdrängung verhindern.

Sanierungsgebiete
Bei der langfristigen Sicherung der Sanierungsziele in den Sanierungsgebieten haben wir nach anfänglichen Schwierigkeiten unsere Vorstellungen oft gemeinsam mit der SPD-Fraktion durchsetzen können. Jedoch hat der zuständige Bezirksstadtrat, Dr. Nelken (Linke), diese Beschlüsse nicht entsprechend umgesetzt.

Als Erfolg können wir verbuchen, dass sowohl für das Gelände der Bötzow-Brauerei als auch für die Fläche zwischen Straßburger und Saarbrücker Straße unsere B-Plananträge durch die BVV beschlossen und vom Bezirksamt aufgestellt wurden.

Für das freie Grundstück zwischen Kastanienallee und Schönhauser Allee konnten wir gemeinsam mit dem Liegenschaftsfonds Berlin eine Wettbewerbsverfahren für den B-Plan durchführen, was es so in Berlin bisher noch nicht gegeben hat.

In den Berichten zur Entlassung der Sanierungsziele gab es zahlreich aufschlussreiche Ergebnisse von denen zwei besonders zu nennen sind. Das Sanierungsgebiet Bötzowviertel, für dessen Verlängerung wir uns beim Senat stark gemacht haben, war das Gebiet mit der geringsten Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen. Im Gegensatz zu den anderen Sanierungsgebieten im Prenzlauer Berg sind dort jedoch zwei Drittel der Bewohner und fast alle Gewerbe verblieben. Den geringsten Verdrängungsprozess hat es im Sanierungsgebiet Wollankstraße gegeben, so dass wir in der BVV mit großer Mehrheit beschlossen, das Gebiet mit in das angrenzende Milieuschutzgebiet aufzunehmen.

Immer wieder stießen wir auf Probleme bei der personelle Ausstattung des Stadtentwicklungs-amtes. Mit nur einer Mitarbeiterin sind die vielen umzusetzenden Dinge aus unserer Sicht schwer machbar. Keinen Erfolg bei deFn anderen Fraktionen hatten wir leider mit unserem vielleicht zu früh gestellten Antrag zur Einberufung eines Denkmalbeirates.

Buch
Lange beschäftigte uns in der Legislaturperiode die Errichtung eines Bucher Life Science Centers – auch Forscherschloss genannt. Obwohl wir dem Projekt aufgrund finanzieller Risiken zuerst ablehnend gegenüberstanden, hat sich die Fraktion dann dafür entschieden dieses Projekt mit auf den Weg zubringen, um vor allem den jahrelang in Buch arbeitenden Akteuren seitens des Senats Klarheit über die Umsetzung ihrer Idee zu geben. Letztendlich wurde die Unterstützung des Projekts durch den Senat jedoch negativ beschieden.

Wirtschaftsförderung
Ein sehr trauriges Kapitel betrifft die Wirtschaft in Pankow. Hierzu gab es vom Amtes nur wenige Aktivitäten, was nicht nur mit der personellen und finanziellen Ausstattung zu entschuldigen ist. Bei den jährlich stattfindenden bezirklichen Wirtschaftstagen war dies immer wieder Thema bei den lokalen Akteuren. Hier gibt es fraktionsseitig noch Einiges in der nächsten Wahlperiode zu tun.

2.11 Finanzen, Immobilienmanagement, Personal

Ausschussmitglieder der Fraktion: Cornelius Bechtler (BV, Ausschussvorsitzender), Stefanie Remlinger (BV, Fachsprecherin), Maria Pfennig (BV)/Dr. Stefan Schneider i.V. (BV)

Haushaltspolitik in Zeiten knapper Kassen: Handlungsspielraum zurückgewinnen
Die fünf Jahre der VI. Wahlperiode waren durch die Auseinandersetzung um die schwierige Finanz- und Haushaltssituation im Bezirk Pankow geprägt. Zugespitzt hatte sich die Situation Ende 2008, als der Bezirk mit 34 Mio. Euro „Bezirksschulden“ in das neue Jahr startete und die Ziele der Konsolidierung des Bezirkshaushaltes gescheitert waren. Der Bezirk musste daraufhin ein Jahr lang unter den Folgen einer Haushaltssperre leiden.

Seit der Fusion der drei ehemaligen Bezirke Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg trägt der Bezirk die Lasten aus dem Jahre 2002 mit, als die Senatsverwaltung für Finanzen am Jahresende nicht wie üblich die Mehrausgaben für staatliche Pflichtleistungen in Höhe von 22 Mio. Euro ausglich. Im Bezirk spiegeln sich dabei die Finanzprobleme des Landes Berlin wieder: Steigende Sozialausgaben, real sinkendes Bezirksbudget, Personalabbau und eine Unterfinanzierung trotz erheblichen Instandhaltungs- und Sanierungsbedarfs in der bezirklichen Infrastruktur.

Die Haushaltspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzte sich erfolgreich zum Ziel, durch einen seriösen Sparkurs drohende Haushaltssperren abzuwenden und gleichzeitig wieder Gestaltungsspielraum für gewünschte Ausgaben und Investitionen, etwa in die soziale und kulturelle Trägerlandschaft, in die Infrastruktur, in unsere Schulgebäude und für die Pflege von Grünflächen, zu erhalten.

Kostensituation bei den Ausgaben verbessern
Um die Einnahmen aus der Zuweisung des Senats stehen die zwölf Bezirke im Wettbewerb. Das System der Kosten-Leistungsrechnung steuert dabei weitgehend über den Preis, ohne die unterschiedlichen Bedingungen bei den Erstellungskosten zu berücksichtigen. Die Qualität der Leistungen spielt kaum eine Rolle. Dies führt zu Fehlsteuerungen und auch zu Ungerechtigkeiten. Das Zuweisungssystem ist deshalb aus bündnisgrüner Sicht grundlegend reformbedürftig.

Von Beginn an hat die bündnisgrüne Fraktion darum geworben, sich einerseits notgedrungen diesem Wettbewerb zu stellen, andererseits aber auf den Ebenen – z.B. zwischen den Bezirken und im Abgeordnetenhaus – um eine gerechtere und angemessenere Verteilung der Finanzmittel zu streiten. Eine Strategie, die Verantwortung für die finanzielle Situation allein auf den Senat abzuwälzen, war aus unserer Sicht nicht Erfolg versprechend.

Bei der Kostensituation der bezirklichen Aufgaben und Leistungen gibt es spürbare Verbesserungen, die sich auch in einem günstigeren Jahresergebnis niederschlagen. Wir haben durch unsere Hinweise und Anregungen hierzu unseren Beitrag geleistet.

Auf Landesebene haben sich unsere Vertreterinnen und Vertreter für eine pragmatische Lösung der so genannten Altschuldenfrage eingesetzt. Dabei stand für Bündnis 90/Die Grünen im Vordergrund, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Bezirke insgesamt zurück zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen, den schwierigen Anpassungsprozess – bedingt durch den Berlin weiten Prozess der Haushaltskonsolidierung - zu bewältigen.

Bezirkseigene Gebäudebewirtschaftung auf solide Basis stellen
Zu Beginn der Wahlperiode stand der Bezirk vor einem Instandhaltungsbedarf von 120 Mio. € alleine für die Pankower Schulgebäude, die den Großteil der Gebäudebestandes ausmachen. Dieser Betrag konnte insbesondere durch die Konjunkturprogramme auf 100 Mio. € gesenkt werden. In zahlreichen Schulen bestehen aber nach wie vor untragbare bauliche Zustände. Die ausstehenden Maßnahmen alleine bei der Brandschutzsicherheit bereiten allen Beteiligten schlaflose Nächte.

Seit vielen Jahren stehen zu wenig Mittel für die Unterhaltung der bezirklichen Gebäude zur Verfügung. Es fehlt eine gebäudewirtschaftlich nachhaltige Betrachtung, bei der die notwendigsten Maßnahmen deutlich werden würden. Der Senat belastet die Gebäude zusätzlich mit kaum nachvollziehbaren kalkulatorischen Kosten, die die bezirkseigenen Gebäude sehr teuer machen. Leider erhielt unsere Fraktion keine Unterstützung der anderen Fraktionen mit dem Vorschlag, als Berechnungsgrundlage für die bezirkseigenen Gebäude zukünftig realwirtschaftliche Kosten zur Instandhaltung zu nehmen und damit auf Landesebene, gemeinsam mit dem Vorreiter-Bezirk Tempelhof-Schöneberg aktiv zu werden.

Vorreiter war die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Diskussion um die Bürodienstgebäude. Hier sahen wir eine Einsparmöglichkeit, um an anderer Stelle die Finanzierung von kommunalen Angeboten für die BürgerInnen zu sichern. Dabei waren und sind wir weiterhin bereit, im Bereich der Verwaltung eine Konzentration der Büroflächen in Kauf zu nehmen und sogar einen gesamten Verwaltungsstandort in Frage zu stellen.

Eine Herzensangelegenheit ist uns der sorgsame Umgang mit Energie. Dabei setzen wir uns nicht nur für Investitionen in den energetischen Zustand der Gebäude ein. Auch die Motivation der Nutzerinnen und Nutzer ist ein wirksames Mittel, um Energie und dabei auch bares Geld einzusparen. Das Klimaschutzprojekt an Schulen – das zeitweilig an bis zu 20 Schulen umgesetzt wurde – zeigte allen auf, welche Potentiale im Umgang mit Energie durch einfache Verhaltensänderungen stecken können. Erstmals wurden diese Erfahrung auf unsere Anregung hin auch auf ein Verwaltungsgebäude unter Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgedehnt, die sich von dem Erfolg der Schülerinnen und Schüler anspornen ließen.

Finanziellen Handlungsspielraum zurückgewinnen
Die Haushaltsnotsituation im Jahr 2009 hat allen Beteiligten deutlich gemacht, dass der Bezirk Pankow die Rückzahlung der Bezirksschulden nicht leisten kann. Die einjährige Haushaltssperre hat erheblichen Schaden angerichtet. So konnten z.B. in den Bibliotheken keine Bücher angeschafft oder Stellen nicht wiederbesetzt werden, woraufhin auch die Ausleihzahlen sanken.

Folgerichtig hat sich das Abgeordnetenhaus zu einem Haushaltsmoratorium durchgerungen. Vorrangiges Ziel ist es nun, dass alle Bezirke mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen. Unter dieser Voraussetzung werden nur die Jahresüberschüsse der Bezirke für den Abbau der so genannten Bezirksschulden eingesetzt. Letztlich ist das eine Streckung der Rückzahlung und ein erheblicher Ansporn, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Denn wer keinen ausgeglichenen Haushaltsabschluss schafft, kommt nicht mehr in Genuss des Schuldenmoratoriums, sondern muss wieder Altschulden abstottern.

Die Aufstellung des Doppelhaushalts 2012/2013 in der kommenden Wahlperiode steht deshalb unter den Vorzeichen, in den Folgejahren mit einem ausgeglichenen Ergebnis, noch besser mit einem positiven Ergebnis zu schließen. Das Zuweisungssystem muss grundlegend reformiert werden. Die Zuweisung muss sich dabei stärker an Qualitätsstandards der kommunalen Angebote und Leistungen orientieren. Der Personalabbau hat die Grenzen des Machbaren erreicht. Mit einem Altersdurchschnitt von über 52 Jahren in der Verwaltung geht es nun um qualifizierten Nachwuchs, um den öffentlichen Aufgaben weiterhin gerecht werden zu können. Nur mit Investitionen in unser Personal, was die Qualifikationen betrifft, und in unsere Gebäude, insbesondere in den energetischen Zustand, um damit Kosten zu senken, werden wir langfristig die finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

3 Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion

3.1 Internetseite http://www.gruene-fraktion-pankow.de

Auf unseren Internetseiten finden Sie die wichtigsten Informationen über unsere Arbeit in der VI. Wahlperiode. Neben Informationen zu den einzelnen Bezirksverordneten haben wir hier den größten Teil unserer parlamentarischen Arbeit chronologisch entsprechend der BVV-Tagungen und thematisch nach Ausschüssen dokumentiert. Unter anderem zu den Bereichen Schule, Kastanienallee und Rangierbahnhof Pankow gibt es spezielle Themenseiten. Außerdem haben wir alle Pressemitteilungen und Newsletter-Ausgaben auf den Seiten hinterlegt. Zudem finden Sie hier die Termine der nächsten Fraktionssitzungen und Treffen der AGs und Arbeitskreise der Fraktion.

Sitemap

- *Startseite*
- *Fraktionäre, Stadtrat*
- *Bürgerinformation & -beteiligung*
- *BVV-Tagungen: Anträge, Anfragen; Geschäftsordnung*
- *Kleine Anfragen*
- *Themen*
    - *Finanzen, Immobilien, Personal*
    - *Schule und Sport*
        - *=> Eliashof*
        - *=> Gesprächsreihe: BildungsBürgerInnen gesucht!*
    - *Kultur & Bildung*
    - *Verkehr, Öffentliche Ordnung, Verbraucherschutz*
        - *=> Kastanienallee*
        - *=> Radverkehr*
        - *=> Parkraumbewirtschaftung*
        - *=> Verbraucherschutz*
    - *Stadtentwicklung, Wirtschaft*
        - *=> Rangierbahnhof Pankow*
    - *Umwelt und Natur*
        - *=> Straßenbäume*
        - *=> Klimaschutz, Energie*
    - *Kinder- und Jugendhilfe*
    - *Gesundheit, Arbeit, Soziales*
        - *=> Senioren*
    - *Gleichstellung & Integration*
    - *Bezirk Pankow von Berlin*
    - *Archiv V. Wahlperiode*
- *Newsletter "Fraktion Aktuell"*
- *Presse & Radio*
- *Termine*
- *KONTAKT*

3.2 Newsletter

Den Newsletter *Fraktion Aktuell* geben wir in Zusammenarbeit mit unserem bündnisgrünen Stadtrat, Jens-Holger Kirchner, heraus und informieren alle Interessierten regelmäßig über die Geschehnisse in unserem schönen, spannenden Bezirk und vor allem über unsere Aktivitäten. Der Newsletter erscheint seit März 2009 etwa zehnmal im Jahr und kann hier abonniert werden: http://gruene-fraktion-pankow.de/newsletter-fraktion-aktuell/

3.3 Veranstaltungen

- Mai und Juni 2007: **Runde Tische zur Schulplatzvergabe-Krise**

- Juni 2008 und Juni 2009: **Fahrradaktionstage & Presseradtouren** mit FraktionsvertreterInnen und Bezirksstadtrat Kirchner

- November 2008 bis Juni 2010: 7 Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen im Rahmen der Reihe: **BildungsBürgerInnen gesucht! Pankower Gesprächsreihe Gute Schule**:

  Neu im Schulgesetz: Jahrgangsübergreifender Unterricht (JÜL) – Chance oder Chaos?
  Schöner Schulhof - aber wie bekommt man das hin?
  Sinnvolle Wandertage oder erlebnisreiche Projekttage in Pankow
  Warum es trotzdem gute Schulen gibt!
  Begabung erkennen – gezielt fördern. Was brauchen spezial- und hochbegabte Kinder?
  Was is(s)t eine gesunde Schule?
  Ist die Mappe schon gepackt? Im August ist Sekundarschulstart

Links

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

- **Wissenswertes:** http://www.berlin.de/ba-pankow/politik/bvv/index.html
- **Datenbank der BVV mit allen Anträgen, Anfragen und Ausschussprotokollen:** http://www.berlin.de/ba-pankow/bvv-online/yw010.asp

Bezirksamt Pankow von Berlin

- http://www.berlin.de/ba-pankow/politik/bezirksamt/
- Abteilung Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz: http://www.berlin.de/ba-pankow/verwaltung/abteilung4/index.html

Impressum

Herausgeberin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17
10405 Berlin
Tel.: 030. 902 95-50 07
E-Mail: fraktion@gruene-pankow.de
Internet: http://www.gruene-fraktion-pankow.de

Redaktion
Stefanie Remlinger (V.i.S.d.P.), Sabine Wagner

Redaktionsschluss
Juli 2011

Die Publikation darf nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.